



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 10 31 - 33  
Fernschreiber 0 888 890

2/XV/120 - 10. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Für eine permanente EMG-Streitkraft</u> Zum Internationalen Juristenkongress in Hamburg	34
2 - 5	<u>Jenseits der parlamentarischen Demokratie</u> Fernsehhandreich Adenauers ist ein Angriff auf die Rechte des Bundestages Von Karl Wittrock, MdB	63
4 - 5	<u>Demokratische Zuversicht in Italien</u> Die neue italienische Regierung und die Distanzierung Morris von den Kommunisten Von unseren Korrespondenten in Rom, Franco Magnani	70
5a	<u>Direkt Adenauer - einmal Schüler</u> ... und der "Goldene Plan" des deutschen Sports	34
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten  <u>Wuppertal - Hauptstadt des Bergischen Landes</u> Von Oberbürgermeister Hermann Herberts	68

\* \* \* \*

10. August 1950

### Für eine permanente UNO-Streitkraft

Zum Internationalen Juristenkongreß in Hamburg

sp - Etwa 750 Juristen aus 37 Nationen - darunter auch namhafte Juristen aus der Sowjetunion - diskutieren zur Zeit in Hamburg über internationale Rechtsprobleme. Hierbei entwickelte sich besonders bei der Aussprache über die höchst aktuelle Frage der Aufstellung einer permanenten UNO-Streitkraft ein Gegensatz zwischen den Juristen der Sowjetunion und denen aus den meisten westlichen Ländern. Der Moskauer Völkerrechtler, Professor Funkin, lehnte es ab, die UNO zu einer Art "Superstaat" werden zu lassen, weil in dieser Weltorganisation die Klassenunterschiede zwischen den einzelnen Staaten ein wirkungsvolles gemeinsames Handeln nicht zuließen. Demgegenüber konnte der britische Völkerrechtler, Professor Schwarzenberger, auf die unbestreitbaren Erfolge der UNO in Korea, beim Suez-Konflikt und in jüngster Zeit im Kongo hinweisen. Es zeigte sich schließlich, daß die Mehrheit der in Hamburg anwesenden Juristen bereit war, der UNO in den nächsten zwei Jahren völkerrechtlich fundierte Empfehlungen für die Aufstellung einer permanenten UNO-Streitkraft zu geben.

Wir registrieren diesen Vorgang deswegen, weil gerade durch die Entwicklung im Kongo bei vielen Völkern der Wunsch nach einer Stärkung der Vereinten Nationen und einer ihr unterstellten Exekutive sehr lebendig geworden ist. Immer mehr Staaten drängen danach, die in den vergangenen zehn Jahren - hauptsächlich in Moskau und Washington - entwickelte Blockpolitik zu überwinden. Besonders sind es die in jüngster Zeit neu hinzugekommenen UNO-Mitglieder, von denen viele entschlossen zu sein scheinen, den permanenten Ost-West-Konflikt durch eigene Initiativen abzubauen, indem sie sich im Rahmen der UNO für Aktionen des Ausgleichs zur Verfügung stellen. Hierbei scheint den Sowjets entgangen zu sein, daß man mit der einfachen "Klassentheorie" nichts mehr anfangen kann, da deren Anwendung beim Versuch der Bereinigung internationaler Konflikte nur eine Steigerung des Ost-West-Gegensatzes bedeuten würde.

Die deutsche Sozialdemokratie begrüßt daher - entsprechend ihren auf mehreren Parteitagungen gefaßten Beschlüssen - alle ernsthaften Bemühungen, die eine Stärkung der UNO und deren Ausstattung mit einer permanenten Exekutive zur Verhinderung von bewaffneten Konflikten zum Ziele haben.

+ + +

Jenseits der parlamentarischen Demokratie  
Fernsehkahndstreich Adenauers ist ein Angriff  
auf die Rechte des Bundestages  
Von Karl Wittrock, MdB

Das Bestreben der Bundesregierung, die organisatorischen Voraussetzungen für das zweite Fernsehen durch einen in ihrem Bereich geschlossenen Vertrag zu schaffen, verdient die volle Aufmerksamkeit unter einem Gesichtspunkt, der bisher weitgehend unbeachtet geblieben ist. Das Vorgehen der Bundesregierung stellt nämlich einen Eingriff in ein im Bundestag anhängiges Beratungsverfahren dar. Damit qualifiziert sich der Fernseh-Kahndstreich Adenauers als ein Angriff auf die Rechte eines freien und unabhängigen Verfassungsorganes, nämlich des Parlaments.

Der Bundestag hat am 29. Juni 1960 einen Bericht des zuständigen Bundestagsausschusses beraten, der ausdrücklich als "Erster Bericht" bezeichnet worden war. Dieser "Erste Bericht" befaßt sich nur mit den Regelungen über die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Bundesrundfunkstellen. Die übrigen Teile des dem Ausschuss des Bundestages zur Beratung überwiesenen Gesetzentwurfes waren während der Ausschußberatungen ausgeklammert worden. Hierbei handelte es sich um die Vorschriften, die sich mit dem zweiten Fernsehprogramm und den Gebührenregelungen befassen.

Diese Vorschriften sind in den Ausschußberatungen nicht etwa ausgeklammert worden, weil man der Auffassung war, die Bundesregierung könne im Rahmen ihrer Verordnungen eine selbständige Entscheidung treffen.

In den zuständigen Bundestagsausschüssen sind Beschlüsse über die ausgeklammerten Teile des Entwurfes nur unterblieben, weil alle an den Beratungen Beteiligten der Auffassung waren, daß durch Vereinbarungen zwischen den Ländern und der Bundesregierung geeignete Regelungen zu treffen seien.

Der Bundestag war durch seine mit der Beratung des Gesetzentwurfes befaßten Ausschüsse der Meinung, daß einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern der Vorrang vor den rechtlich schwierigen

10. August 1960

und politisch unstrittener Beschlüsse des Parlamentes einzuordnen sei. Dies war das Motiv dafür, daß der Bundestag durch das Ausklammern wesentlicher Teile des ursprünglichen Gesetzentwurfes auf eine Sachentscheidung verzichtete.

Die Bezeichnung des Ausschußberichtes als einen "Ersten Bericht" zeigt aber, daß es sich hierbei nur um einen vorläufigen Verzicht auf eine im Rahmen der Geschäftsordnung gebotene Sachentscheidung des Parlamentes gehandelt hat. Wenn nur das Motiv des Parlamentes für das Ausklammern eines wesentlichen Teiles des Gesetzentwurfes entfällt, dann hat natürlich der Bundestag - einzeln, welche verfassungsrechtliche Auffassung Mehrheit und Minderheit über die Rechtsprobleme haben - Anspruch, sein Recht auf eine Sachentscheidung ausüben zu können. Das war jedenfalls nach dem bisherigen Beratungsverfahren die unverkennbare Auffassung auch der Mehrheit des Bundestages.

Wenn die Bundesregierung in ihrem Bestreben, vollendete Tatsachen zu schaffen, dem Parlament die Möglichkeit einer freien Entscheidung über die Rechts- und Sachfragen eines unhängigen Gesetzentwurfes raubt, dann greift sie damit in die Rechte des Bundestages ein. Das ist hier geschehen, und es beweist zum wiederholten Male wie fremd dieser Bundesregierung und ihrem Chef das Wesen einer parlamentarischen Demokratie ist. Die Wahl des Zeitpunktes für den Handstreich Adenauers - mitten in der Sommerpause des Parlaments - rundet das Bild autoritär - governmentaler Handels nur ab.

Sollte nicht die Mehrheitsfraktion des Bundestages auch einmal darüber nachdenken, wie die Mißachtung der Entscheidungssphäre des Parlamentes durch Adenauer zu beurteilen ist? Diese Frage von grundsätzlicher Bedeutung sprengt den Rahmen der bisherigen juristischen und politischen Auseinandersetzung über den Fernseh-Handstreich. Die Antwort auf die Frage sollte für jeden eindeutig sein, daß dem Parlament und seinem freien Entscheidungsrecht dem gebührenden Respekt zollt.

### Demokratische Zuversicht in Italien

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani

Der Erfolg des neuen Ministerpräsidenten Fanfani im Senat und auch in der Kammer ist völlig planmäßig verlaufen. Die Parteien der demokratischen Mitte - Christlichdemokraten, Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner -, die seit über drei Jahren vergebens nach einer Lösung nach Vorbild des Gasparis gesucht hatten, sind angesichts der Gefahr eines Bürgerkrieges zu einer Einigung gekommen. Während die Monarchisten einerseits und die Linksozialisten andererseits sich bei der Vertrauensabstimmung der Stimme enthalten haben, sind die beiden extremen Flügel - Neofaschisten rechts und Kommunisten links - erneut isoliert und stehen allein in der Opposition.

Auf der Zentralkomitee-Sitzung der von Nenni geführten Sozialistischen Partei (PSI) ging allerdings dem Beschluß, sich der Stimme zu enthalten, eine äußerst heftige Debatte voraus. Der autonomistische Flügel mit Nenni an der Spitze strebte eine weitere Distanzierung von den Kommunisten an. Er siegte mit 42 gegen 30 Stimmen; letztere gehören dem linken Flügel und der kleineren Zentrumsgruppe um Basso an.

Nenni begründete die Stimmenthaltung gegenüber der neuen Fanfani-Regierung damit, daß die Linksozialisten die Rückkehr des politischen Kampfes auf einer demokratischen Ebene begünstigen und fördern sollen. Halte man an diesem Plan fest, so stünden den Linksozialisten große Möglichkeiten offen. Insbesondere erleichtere man damit der "Democrazia Cristiana" jene Wahl zugunsten einer Politik des linken Zentrums, welche allein zu der langersehnten "Öffnung nach links" führen werde.

Noch nie stand (seit der Spaltung von 1947) die politische Linie der Linksozialisten derjenigen der Sozialdemokraten näher als jetzt. Auch Saragat erklärte, er betrachte die neue Regierung als eine Übergangslösung; dies umso mehr, als die Sozialdemokraten nach wie vor nur eine Regierung des linken Zentrums als die einzig mögliche dauerhafte Lösung der langandauernden italienischen Krise ansehen.

Nenni begründete seine These auch damit, daß die heutige Differenzierung von den Kommunisten bloß jene theoretische, ideologische und politische Unterscheidung auf praktischer Ebene verwirkliche, die doch auf den Parteitagen von Neapel (1959) und Venedig (1957) beschlossen worden sei.

In den politischen Kreisen Roms wird die Bedeutung der neuen Stellungnahmen der Linksozialisten keineswegs unterschätzt. Es ist dies das erste Mal, daß sich die Nenni-Sozialisten bei einer bedeutenden Abstimmung im Parlament nicht den Kommunisten anschließen; niemand leugnet, daß dies ein weiterer Schritt zur völligen Unabhängigkeit von den Kommunisten darstellt. Die Kommunistische Partei hält mit scharfen Angriffen gegen Nenni zurück. Es liegt ihr vornehmlich daran, die Zuchtfühlung mit den Linksozialisten nicht zu verlieren. Die Kommunisten sind der Meinung, daß die neue Regierungs-Konstellation fatalerweise einem politischen "Immobilismus" entgegengehe. Die darauffolgende Unzufriedenheit im Lande werde es ihnen dann erneut erlauben, als die Führer der Opposition zu erscheinen und die Linksozialisten sowie andere Linkskräfte wiederum an die KPI zu binden.

Farfani dagegen versucht mit seinem Regierungsprogramm, sorgsam Rücksicht auf die Parteien zu nehmen, die ihn heute unterstützen. Das Schwergewicht wird eindeutig von der Sozialpolitik auf die Wirtschaftspolitik verlagert. Kühne Sozialprogramme wurden beiseite gestellt, und der Privatinitiative wird die Entfaltung all' ihrer Möglichkeiten zugesichert. Es ist abzuwarten, ob mit einem solchen Programm die grundlegenden Probleme der italienischen Volkswirtschaft gelöst werden können. Die Linksparteien meinen, daß nur eine weitere Schwenkung nach links zu dem erwünschten Ergebnis führen könne. Farfani wird sich vornehmlich um so länger halten können, als es ihm gelingt, eine solche Entscheidung hinauszuschieben.

Der Parteisekretär der "Democrazia Cristiana", Moro, hat es verstanden, Vertreter aller Richtungen innerhalb der DC an der Regierung zu beteiligen. So feiern - in einem gewissen Sinne - die Christlichdemokraten mit dieser Regierung den Triumph der wiedergewonnenen Einheit. In der Tat sieht es so aus, als habe die DC die Macht nun wieder fester in Händen.

Obwohl sich diese Regierung von der vorhergehenden u.a. auch dadurch unterscheidet, dass sie kein Provisorium darstellt und einen politischen und keinen geschäftsführenden Charakter aufweist, ist nicht vorauszusagen, wie lange sich Farfani halten kann. Erst die Gemeinderwahlen werden darauf eine Antwort geben; aus ihrem Ergebnis wird sich ein deutlicher Hinweis auf die politische Stimmung im Lande ergeben. Die Tatsache, dass ein faschistisches Abenteuer verhindert worden ist und die Kommunisten erneut in die Isolation gedrängt wurden, lässt viele italienische Demokraten mit Zuversicht auf die politische Entwicklung des Landes blicken.

Einmal Adenauer - einmal Schröder

sp - Ersichtlich hocherfreut und mit dem Gefühl, Zeuge einer bedeutsamen Besprechung gewesen zu sein, kam jüngst der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Daume, von einem Zusammentreffen mit dem Kanzler und einigen Regierungsangehörigen zu Bonner Journalisten, um ihnen dezidiert mitzuteilen, Konrad Adenauer habe - und zwar zuzusagen gleich doppelt, nämlich einmal als Regierungschef und einmal als Parteivorsitzender der CDU/CSU - zugesagt, den "Goldenen Plan" der westdeutschen Sportführung voll und ganz zu unterstützen, der einen großzügigen Ausbau westdeutscher Sportplätze, Turnhallen und Schwimmbäder vorsieht.

In der Tat, die Freude Daumes war begreiflich, und auch in dieser Pressedienst hätte man Worte der Befriedigung über die Zusage des Kanzlers finden können, wäre da nicht - kaum daß die Worte Daumes verhallt waren - Innenminister Schröder wieder einmal im Fernsehen aufgetreten, um seinerseits zu interpretieren, was denn nun den Sportlern wirklich zugesagt worden ist. Die Ausführungen Schröders hörten sich nämlich wesentlich anders als die Daumes an; sie besagen im Grunde, daß die Bundesregierung den "Goldenen Plan" keineswegs voll und ganz unterstützt.

Zwar hat der Innenminister mit der ihm eigenen Eleganz die Sympathie bekundet, die seine Regierung den Wünschen des Sports entgegenbringe und angekündigt, daß das Kabinett die Ausschüsse für die Förderung des Sports auf ganze 20 Milliarden DM (1) erhöhen werde - in einem Etat, nota bene, der etwa 46 Milliarden DM umfassen wird - aber eine verbindliche und allen Mißdeutungen entzogene Zusage der Bundesregierung, den "Goldenen Plan" in jedem Detail zu stützen, hat Schröder - gewiß mit Gründen - nicht gegeben.

Kein Zweifel: Sportpräsident Daume hat den Bonner Journalisten guten Glaubens die Kunde von der Generosität der Bundesregierung überbracht. Kein Zweifel aber auch: ganz so generös scheint die Regierung nicht sein zu wollen. Sie kann freilich jeden Zweifel beheben, indem sie ohne Umschweife und bald erklärt, wie sie es wirklich mit jenem "Goldenen Plan" hält, dessen Realisierung nicht nur ein Anliegen der Sportbünde ist.

Wuppertal - Hauptstadt des Bergischen Landes

Von Oberbürgermeister Hermann Harberts

Vor kurzem wurde in Wuppertal über einer neugebauten Wohnsiedlung der Richtkrenz hochgezogen, die symbolisch für den Aufbauwillen und die Aufbauleistung der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion ist, die dank einer absoluten Mehrheit im Stadtparlament über das Wohl und Wehe von 420 000 Menschen entscheidet. Diese 600 Wohnungen, für die im Stadtteil Ullendahl das Richtfest gefeiert werden konnte, sind der erste Baubeschnitt einer Trebantenstadt, die in einigen Jahren von rund 15 000 Menschen bewohnt werden soll.

Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der dieses für die Stadt wichtige "Ullendahlprojekt" allen Widerständen zum Trotz von der SPD in Wuppertal eingepackt und im ersten Abschnitt bereits verwirklicht worden ist, sind in den letzten Jahren in der Hauptstadt des Bergischen Landes viele Aufgaben gelöst und viele Schwierigkeiten beseitigt worden. In den beiden letzten Jahren wurden ca. 25 Millionen DM in den Strassenbau gesteckt, dem in besonders engem Wuppertal noch mehr Bedeutung zukommt, als in anderen Städten. Wichtige Teile der neuen Talstrasse, die einmal in 36 Meter Breite das gesamte 15 km lange Tal von Vehwinkel bis Oberbarmen verbinden soll, werden bis zum Ende dieses Jahres fertig. Wuppertal wichtigstes Verkehrskreuz an Döppersberg in Elberfeld, dessen Umbau allein 25 Millionen DM kostet, soll Mitte nächsten Jahres den Verkehr übergeben werden.

Auch im Wohnungsbau ist die Bilanz der letzten 4 Jahre sehr gut, wenn auch die Wohnungsnot noch nicht beseitigt ist. Immer wieder hat die SPD-Fraktion in den vier Jahren zusätzliche Mittel aus dem städtischen Etat bereitgestellt, damit jährlich rund 4500 Familien in neue Wohnungen einziehen konnten.

Wuppertals Schulkindeer kennen den Schichtunterricht, der 1955 noch für jedes dritte Schulkind erforderlich war, so gut wie nicht mehr, weil Jahr für Jahr 8 Millionen DM ausgegeben werden sind, um neue Schulen zu bauen und bestehende zu erweitern und zu erneuern. Vor einigen Monaten haben die Arbeiten für den Aufbau eines neuen Schulzentrums in Unterbarmen begonnen. Mit einem Kostenaufwand von insgesamt 15 Millionen DM soll eine neue Berufsschule, eine neue Werkkunstschule und neue Gebäude für die Tagelohrschule für Feuerwagen entstehen.



Nach dem Kriege sind in Wuppertal bisher 416 Schulklassen mit 150 Nebenräumen und 10 Schulturnhallen gebaut worden.

Der Mangel an Krankbetten bereitet auch in Wuppertal viel Sorgen, obwohl die städtischen Krankenhäuser in den letzten Jahren modernisiert und erweitert worden sind. Zwei neue Schwesterheime konnten seit 1955 bezogen werden und der Ausbau der städtischen Krankenanstalten in Barmen um 200 weitere Betten und einige Spezialstationen ist beschlossen worden.

Wuppertal dürfte die einzige Großstadt des Ruhrgebietes sein, in der jeder alte Mensch ohne längere Wartezeit umgehend in ein Altersheim eingewiesen werden kann. Zahlreiche neugebaute Altersheime, die mit Hilfe der Stadt entstanden sind, geben den alten Menschen die beruhigende Gewissheit, jederzeit einen Platz zu finden, an dem für sie gesorgt wird.

Die Jugend wurde in den letzten Jahren selbstverständlich nicht vergessen. Für ihre Belange musste sich die SPD sogar mit grossem Nachdruck einsetzen, damit ein "Haus der Jugend" gebaut wurde, in dem für junge Menschen von Bastelraum über ein Fotolabor bis zum grossen Festsaal alles für eine sinnvolle Gestaltung der Freizeit vorhanden ist. Kindertagesheime und Kindertagesheime, Spielgärten, kleinere Klubheime und vieles mehr ist gebaut worden, um für die Kinder und die Jugend der Großstadt zu sorgen.

Zu dieser Erfolgsrechnung gehören auch die grossen Leistungen auf dem Gebiet des Sportes, für die die 1957 eröffnete Schwimmoper, das architektonisch wohl kühnste Hallenbad Deutschlands, symbolisch ist. Millionenbeträge wurden jährlich für die Anlage von Sportplätzen, für Tennishallen, Gymnastiksäle und andere dem Sport dienende Zwecke ausgegeben. Noch in diesem Jahr wird eine Grossturnhalle fertiggestellt.

Für den kulturellen Bereich hat die Stadt pro Jahr rd. 6 Millionen DM Zuschuss geleistet. Die Aufführungen der Oper und des Schauspielhauses. Besonders aber des Balletts, fanden anerkennende Beachtung weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Das Museum wurde vollständig renoviert und vergrössert und die Stadtbücherei ist inzwischen so ausgebaut worden, dass in allen grösseren Stadtteilen Volke- und Jugendbüchereien eröffnet werden konnten.